

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 25. November 2021

Antrag zur dinglichen Behandlung im Gesundheitsausschuss am 09. Dezember 2021

Impfstrategie erweitern - Anti-Corona-Guides unterstützend einsetzen

Das Gesundheitsreferat wird gebeten, darzustellen, wie die Impfstrategie in benachteiligten Stadtteilen durch den Einsatz von aufsuchender Arbeit erweitert werden kann, um dort eine höhere Impfquote zu erreichen.

Folgendes soll dabei berücksichtigt werden:

1. Es sollen mehrsprachige Mitarbeiter*innen als sogenannte Anti-Corona-Guides in den Stadtteilen eingesetzt werden, um auf die Menschen zuzugehen, sie zu informieren, ihnen Hilfe anzubieten, Masken zur Verfügung zu stellen und auf Test- und Impfmöglichkeiten hinzuweisen.
2. Das Gesundheitsreferat stellt dar, wie viele Anti-Corona-Guides sinnvoll wären und wie viele Stellen dafür befristet geschaffen werden müssten.
3. Die Stadt wirkt auf die Kassenärztliche Vereinigung ein, damit in besagten Stadtvierteln mit wenigen Arztpraxen mehr Impfstoff für die Arztpraxen zur Verfügung gestellt wird, um die Unterversorgung etwas auszugleichen.
4. Um alle Menschen einzubinden, sollen Informationsmaterialien in verschiedenen Sprachen, insb. in diesen Stadtvierteln, bereitstehen. Durch aufsuchende Beratungen sollen Menschen über die Test- und Impfangebote informiert und aufgeklärt werden.
5. Die in diesen Stadtteilen vorhandenen Sozialbürgerhäuser, Jugendzentren, Jugendorganisationen und Jugendhelfeträger werden mit zusätzlichen Ressourcen ausgestattet, um weitere Angebote zur Pandemiebekämpfung und ihrer sozialen Folgen zu schaffen.
6. Das Gesundheitsreferat wird gebeten, darzustellen, ob die Punkte 1-5 über Mittel der Landeshauptstadt München oder über den Corona Fond des Freistaats finanzierbar wären.

Begründung

Intensivmediziner*innen haben Länder und Kommunen aufgefordert, verstärkt in Quartieren, in denen viele Menschen mit geringem Einkommen leben, Impfangebote zu machen, um die

Stadtratsfraktion

DIE LINKE. / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München

Krankenhäuser zu entlasten. Anlass ist die überdurchschnittliche Anzahl von Menschen aus ärmeren Bevölkerungsschichten und Menschen mit Migrationshintergrund, die aufgrund einer Corona-Infektion auf den Intensivstationen liegen.

Aus der Antwort einer Anfrage unserer Stadtratsfraktion¹ ging für München hervor, dass die Hospitalisierungsrate in manchen Stadtteilen deutlich höher ist als in anderen Stadtteilen. Leider war es dem Gesundheitsreferat nicht möglich, eine Impfquote in einzelnen Stadtteilen zu berechnen. Angesichts der bereits erwähnten hohen Quote von Corona-Infektionen und der hohen Hospitalisierungsrate, ist es allerdings sehr wahrscheinlich, dass die Impfquote in diesen Stadtvierteln deutlich geringer ist. Gerade diese Stadtteile zeichnen sich zudem dadurch aus, dass die Wohnverhältnisse oft beengt sind und die Bewohner*innen seltener Berufe haben, die Homeoffice ermöglichen. Hinzu kommt, dass die ärztliche Versorgung in eben diesen Stadtteilen unterdurchschnittlich ist². Das alles führt dazu, dass die Menschen in diesen Stadtteilen einer erhöhten Infektionsgefahr ausgesetzt sind.

Die Landeshauptstadt München hat mit der Impfstrategie, die die Menschen in den benachteiligten Stadtteilen erreichen soll, schon viel getan. Hierfür sind mobile Impf- und Testmöglichkeiten in den Stadtteilen geschaffen worden. Oftmals fehlen allerdings Informationen bezüglich der Gesundheitsversorgung oder diese können durch Sprachbarrieren nicht wahrgenommen werden. Aufgrund dessen müssen die Menschen vor Ort niederschwellig auf Angebote hingewiesen werden können. Die Anti-Corona-Guides würden hier eine wertvolle Ergänzung und Unterstützung sein.

**Initiative:
Stadtrat Stefan Jagel**

Gezeichnet:
Stadträtin Marie Burneleit
Stadträtin Brigitte Wolf
Stadtrat Thomas Lechner

¹ Anfrage Nr. 20-26 / F 00217 „In welchen Stadtteilen wohnen Corona-Patient*innen, die im Krankenhaus behandelt wurden?“
² Vgl. Gesundheitsökonomisches Gutachten zu den Gründungs-Möglichkeiten von „Kommunalen Medizinischen Versorgungszentren“ im Auftrag der Rosa Luxemburg Stiftung Bayern und der LINKEN im Münchener Stadtrat, Oktober 2021